



## Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen in der Städteregion Aachen

Boxgraben 132, 52064 Aachen  
[www.aachen.dfg-vk.de](http://www.aachen.dfg-vk.de); [Mail: aachen@dfg-vk.de](mailto:aachen@dfg-vk.de)

im Feb. 2025

Liebe Freundinnen und Freunde,

die sog. Münchener Sicherheitskonferenz bereitete den europäischen Freunden des transatlantischen Bündnisses ein böses Erwachen. Die neue, plutokratische US-Administration hatte schon vorab für reichlich Unruhe gesorgt; nun reichte der US-Vize Vance defacto die Kündigung ein und die Europäer standen fassungslos mit offenem Mund dabei – als wäre gerade ein Straßenhund, sein Hinterbeinchen hebend, an ihnen vorbei gelaufen. Doch im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine hätten die Europäer längst wissen können, dass ihr öffentlich vorgegebenes Ziel der Rückgewinnung sämtlicher besetzter Gebiete (einschl. der Krim) von Anfang an ein völlig unrealistisches war (Es sei denn, die NATO hätte mit eigenen Truppen eingegriffen; was aber unweigerlich zum III. Weltkrieg geführt hätte).

Schließlich war es niemand Geringeres als der oberste Militär der US-Army, Generalstabschef Milley, der bereits im Nov. 2022 warnte, dass „*die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Sieges der Ukraine, definiert als Rauswurf der Russen aus der gesamten Ukraine*“ in absehbarer Zeit nicht sehr hoch sei, weshalb es sinnvoll sei „*zu einem Zeitpunkt (zu) verhandeln, in dem du stark und dein Gegner schwach*“ ist. Milley wurde für seine Äußerungen umgehend zur Raison gebracht. Denn Präsident Biden hatte schon im April das wahre Ziel seiner Regierung vorgegeben, nämlich „*Russland dauerhaft (zu) schwächen*“ (FAZ v. 27.4.22). Der Zeitpunkt zur frühzeitigen Beendigung des Krieges wurde somit verpasst; oder richtiger: Seitens des Westens im Frühjahr 2022 sabotiert – nämlich bei den Verhandlungen in Istanbul, wo anscheinend bereits paraphierte Dokumente u.a. die Neutralität der Ukraine vorsahen. Lt. dem damaligen ukrainischen Verhandlungsführer Dawyd Arachamija soll dann aber der britische Präsident Johnson mit Rückendeckung der Biden-Regierung am 9. April 2022 die ukrainische Regierung aufgefordert haben „*nichts mit Russland (zu) unterzeichnen*“ und „*einfach weiter (zu) kämpfen*“. Dies verband er mit der Zusage, dafür die notwendigen Waffen zu liefern. Arachamija bestätigte später: Die Russen „*hofften wirklich fast bis zum letzten Moment, dass sie uns zur Unterzeichnung einer solchen Vereinbarung drängen könnten, in der wir eine Neutralität akzeptieren... Sie waren bereit, den Krieg zu beenden, hätten wir... zugestimmt und uns verpflichtet, nicht der NATO beizutreten*“ (Kiyiv Post v. 26.11.23).

Und nun? Droht den Verantwortlichen für fast drei Jahre Krieg, für hunderttausende Tote, Verletzte, Verstümmelte, Traumatisierte, Vertriebene der Gang zum Kadi? Natürlich nicht; weder dem östlichen Befehlsgeber zum Einmarsch in ein souveränes Land, noch den westlichen Einpeitschern für eine fortgesetzte Kriegsverlängerung und immer weitreichendere Waffenlieferungen. Dabei befindet sich die Ukraine nach einem langandauernden und für beide Seiten höchst verlustreichen Stellungskrieg seit Monaten im Rückzug. JA: Es wird höchste Zeit, dass die Waffen schweigen und das Gemetzel ein Ende findet! Doch nicht nur die Ukraine, auch Europa wird dafür einen hohen Preis zahlen. Und unangefochtener Gewinner wird weniger Russland, sondern die USA sein. So kommen die weltweit gigantisch aufgeblähten Rüstungsausgaben vor allem dem militärisch-industriellen Komplex in den Staaten zugute. Auch die US-Energiewirtschaft profitiert enorm von ihren Lieferungen des ebenso teuren wie höchst klimaschädlichen LNG-Frackinggas. Zudem reklamiert Trump nun seinen Anspruch auf ukrainische Rohstoffe für sich. Die EU soll hingegen als wirtschaftlicher Konkurrent geschwächt werden und künftig 5% für Rüstung ausgeben. Gehen unsere Politiker darauf auch nur annähernd ein – und bislang deutet einiges darauf hin (so will Pistorius jährlich zusätzliche 30 Mrd., Habeck fordert 3,5 % und R. Kiesewetter 300 Mrd. Sondervermögen) – dann werden diese immer dreisteren „Kanonen statt Butter“-Forderungen künftig dem Sozialstaat, der Bildung, dem Gesundheits- und Klimaschutz etc. komplett die Luft abschnüren. Die Grundlage dafür bereitet eine Propaganda West, die seit Monaten das „*latente Bedrohungsgefühl einer militärischen Eskalation mit Russland*“ schürt (Generalleutnant Alexander Sollfrank, 1.2.25). Und unsere Medien? Statt die EU als friedlichen, auf Diplomatie und Entspannung setzenden Gegenentwurf zu präsentieren, gerieren sie sich in trauter Übereinstimmung mit unseren Politikern als Geostrategieexperten; sie fordern eine einige EU, die verstärkt Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, um damit dem imperialen Gehabe der „drei Großen“ (USA, Russland, China) Paroli zu bieten und halten an einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine fest. Fazit: Lernfähigkeit sieht anders aus. Als DFG-VK halten wir dagegen mit unserer Forderung „*Friedensfähig statt Kriegstüchtig*“. Einen

groben Einblick in dieses Konzept bietet unser Flyer „Friedenslogik in der DFG-VK“. Auf Anfrage lassen wir diesen gerne zukommen...

### ...von der DFG-VK Aachen/Aktionsrückblick:



Am 22. Jan. feierte unser „ACner Bündnis gegen Atomwaffen“ den **4. „Geburtstag“** des **UN-Atomwaffenverbotsvertrags**. Vor rund 50 Menschen wurden wenig Reden gehalten und umso mehr Friedenslieder gemeinsam und lautstark intoniert – begleitet von Gitarre und Trommel. Weil’s richtig Spass gemacht hat, werden wir auf diese

Aktionsform sicher auch künftig wieder zurückgreifen.

\* Am 18. Jan. marschierten auf „Einladung“ eines ehem. AfD-Mitglieds etwas über 100 **Neonazis** durch Aachen – begleitet von zahlreichen Gegenprotesten von über 7.000 Aachenern. Nicht nur, weil „Nationalismus zum Krieg führt“, waren auch wir dabei.



\* Ohne Bild: Am 28. Jan. tagte das **Bürgerforum**. Auf der TO u.a. unser Bürgerantrag Benennung eines Platzes in der Großkölnstr. in „Hiroshimaplatz“ inkl. Errichtung einer Mahntafel. Im Ergebnis wurde einstimmig eine Zustimmungsempfehlung an die entscheidende „Bezirksvertretung Mitte“ ausgesprochen.

\* Etwas über 30 Zuhörer\*innen verfolgten am 5. Feb. den Vortrag von Simon Bödecker über die für 2026 geplante **Stationierung von Mittelstreckenwaffen** – ausschließlich in Deutschland und ohne ein Verhandlungsangebot. Dabei wurde u.a. die von Noch-Kanzler Scholz als Begründung genannte „Fähigkeitslücke“ infrage gestellt, da die NATO bei Hinzuziehung der luft- und seegestützten Mittelstreckenwaffen eine deutliche Überlegenheit vorzuweisen habe. (s.u.)



\* Am 8. Febr. haben wir mit ca. 120 jungen und älteren Menschen am „**GegenWehr**“-Kongress gegen die Militarisierung der Schulen teilgenommen. Dieser wurde von Schule ohne Bundeswehr NRW, der jungen GEW NRW, der Landeschüler:innenvertretung NRW, der Fachschaft Physik der Uni Köln und dem Alois Stoff Bildungswerk der DFG-VK veranstaltet! In mehreren Workshops konnten wir viele Informationen mitnehmen, die uns vor Ort wiederum bei unseren Bemühungen helfen könnten, Kontakte zu Schulen und Schüler\*innen aufzubauen – im Hinblick auf die zahlreicher werdenden Besuche von Jugendoffizieren an Schulen oder auf eine mögliche Wiederreaktivierung der Wehrpflicht. Nachfolgend dokumentieren wir den Text der Schussresolution:

*„Wir wollen keine Militarisierung der Bildung - Bundeswehr raus aus den Schulen!*

*Heute sind wir mit zahlreichen Schüler:innen, Lehrer:innen und Student:innen neben weiteren Aktiven aus ganz NRW zusammengekommen. Gemeinsam haben wir diskutiert, was wir der zunehmenden Militarisierung der Schulen und der Bildung in NRW entgegensetzen können. Nach Artikel 7, Absatz 2 der Landesverfassung soll die Jugend im Sinne der "Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung" erzogen werden. Dem entgegen steht unserer Meinung die steigende Zahl von Bundeswehrbesuchen an Schulen. Hinzu kommen Aussagen wie die der ehemaligen Bundes-Bildungsministerin Stark-Watzinger, Schulen müssten ein "unverkramptes Verhältnis zur Bundeswehr" entwickeln sowie der im bayrischen Bundeswehrgesetz vorgesehene leichtere Zugang der Armee zu Schulen. Diese Maßnahmen dienen nicht der Friedenserziehung, sondern vermitteln der Jugend, Kriege wären ein legitimes und notwendiges Mittel der Politik. Außerdem haben wir uns mit der in diesem Jahr beginnenden "Wehreffassung" befasst, bei der junge Menschen einen (für Männer) verpflichtend auszufüllenden*

Fragebogen bekommen. In unseren Augen eine klare Vorbereitung für eine neue Wehrpflicht, gegen die wir uns klar positionieren.

Zugleich beobachten wir, dass die Jugend immer mehr Leistungsdruck und Perspektivlosigkeit ausgesetzt ist, was die Bundeswehr nutzt, um sich als "normaler" Arbeitgeber und echte Perspektive zu präsentieren. Ein perfides Doppelspiel, wenn man bedenkt, unter welcher Unterfinanzierung Schule und Bildung seit Jahrzehnten leiden, während für Armee und Rüstung über Nacht Milliarden bewegt werden können.

#### Wir fordern:

\* Die Kooperationsvereinbarung zwischen MSB und Bundeswehr muss aufgekündigt werden. Die Bundeswehr gehört nicht ins Klassenzimmer, nur so kann der Beutelsbacher Konsens im Sinne der Friedenserziehung und -bildung geachtet werden.

\* Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber. Die Rekrutierung in und um Schulen muss verboten werden.

\* Statt lockender Angebote, hinter denen sich bis zu 16 Jahren Dienstverpflichtung verbergen, fordern wir echte Lern- und Lebensperspektiven für junge Menschen.

\* Während 151 Länder weltweit darauf verzichten, ist Deutschland eines von 46 Ländern, das noch Soldaten unter 18 Jahren rekrutiert. Wir stellen uns ganz klar gegen Minderjährige im Wehr- und Kriegsdienst.

\* Im Sinne der Landesverfassung fordern wir eine echte Friedensbildung, die internationale Zusammenarbeit und zivile Konfliktbearbeitung statt militärische Eskalation in den Mittelpunkt stellt.

\* Wir positionieren uns gegen eine Neuauflage der Wehrpflicht, auch auf Umwegen.

\* Wir fordern ein 100 Mrd.€ Sondervermögen für die Bildung, statt für Militär und Rüstung.“



Wie leider so viele wichtige Themen, ist auch die Klimakrise im Wahlkampf der Parteien nahezu hinten über gekippt.

Um so größere Bedeutung kam dem bewusst ins Vorfeld der Bundestagswahl platzierten „**Klima-streiktag**“ zu. Unter den rund 1.000 Teilnehmern dann auch unsere „Delegation“, die per Transparent den Zusammenhang von Rüstungsausgaben und Kriegsgefahr kontra Sozialstaat und Klimaschutz thematisiert hatte.

#### Was steht an?

» **n. Gruppentreffen** der DFG-VK Aachen:

Mi. 05. März, 18.00 Uhr im Boxgraben 132;  
sowie am 02. April, jeweils um 18.00 Uhr.

Am Mi., den **12. März** erwarten wir mit **Günter Verheugen** (ehem. Vizepräsident der europäischen Kommission und EU-Kommissar) ein Urgestein der bundesdeutschen Politik.

Die Veranstaltung in Kooperation mit dem Ev. Erwachsenenbildungswerk **beginnt um 18.30 Uhr** im Haus der Ev. Kirche, Frere-Roger-Str. 8-10 in Aachen. G. Verheugen setzt sich für eine Abkehr von der vorherrschenden Politik ein und plädiert für eine neue Entspannungspolitik.

\* Der **Ostermarsch Rhein-Ruhr 2025** steht in diesem Jahr unter dem Motto:

**Friedensfähig statt kriegstüchtig!**  
**Kriege beenden, Aufrüstung stoppen!**  
**Keine neuen Mittelstreckenwaffen in unserem Land!**

**Krieg oder Frieden in Europa  
Zeit der Entscheidung**

**Günter Verheugen**  
Ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission und  
Staatsminister für Europa in der Regierung Schröder

**Mittwoch 12.03.2025 18.30 Uhr**  
Haus der Evangelischen Kirche Aachen, Frère-Roger-Str. 8-10

Günter Verheugen beschreibt in seinem Vortrag den Platz Deutschlands und der EU in einer sich rapide verändernden Welt, die nicht mehr nur eine einzige dominierende Supermacht kennt.

Um unter den neuen Bedingungen den Weltfrieden zu bewahren, ist ein umfassendes globales Sicherheitssystem unerlässlich, für das die EU und auch unser Land mit allen Mitteln sorgen sollte. Verheugen plädiert für eine Rückkehr zu den grundlegenden Prinzipien der Entspannungspolitik als einzig erfolgreiche Methode der Friedens- und Überlebenssicherung in unserer Zeit.

Voraussichtlich werden für unsere Region am **Sa., den 19. April** wieder Kundgebungen/ Demonstrationen in Düren und Köln stattfinden. Genaue Uhrzeiten und Abläufe sind noch in Planung.

### **Ausgewählte Meinungen und Nachrichten zitiert...**

...aus der Denkerecke: „Das Bewusstsein der politischen Eliten im Westen lässt sich mehr und mehr von der Logik des Krieges vereinnahmen.“ (Jürgen Habermas, FR 06.01.25)

„Die heutigen Schlafwandler, die Machtberauschten unserer Tage, haben zwar noch keinen Weltkrieg angezettelt, doch an Vorbereitungen fehlt es nicht“. (P. Sloterdijk, FR 25.01.25)

...Mittelstreckenwaffen zur Abschreckung?: „Generell sind die Luft- und Seestreitkräfte der NATO denen Russlands qualitativ und quantitativ deutlich überlegen...Die Behauptung eine sog. Fähigkeitslücke...ist nicht nachvollziehbar. Mit der direkten Bedrohung strategischer Ziele in Russland von deutschem Boden aus wird nun in einem Konfliktfall Deutschland zu einem zentralen zeitkritischen und vorrangigen Ziel für russische Raketenangriffe“. (Oberst a.D. W. Richter, IMI Factsheet) Durch eine Stationierung von Mittelstreckenwaffen „würde Deutschland ins Spannungsfeld zwischen den USA und Russland direkt hineingezogen und...mache sich so im Krisenfall zur Zielscheibe für russische Raketen. Kein anderes Land in Europa hätte dann eine ähnlich gefährliche Stellung“. (Generalinspekteur a.D. der Bundeswehr H. Kujat, Braunschweig Spiegel, 25.01.25)

Eine Stationierung wird „in Russland analog zur Kubasituation 1962 betrachtet, als die UdSSR atomare Mittelstreckenraketen auf Kuba stationiert hatte“. (– was bekanntlich die Welt an den Rand des III. Weltkriegs gebracht hatte) (Brigadegeneral a.D. H.W. Ganser, Zeit online, 03.09.24) Und über all dem schwelt: Die **alleinige** Entscheidungsgewalt über einen Einsatz dieser Angriffswaffen liegt bei US-Präsident D. Trump! ...das stärkt doch unser Vertrauen gleich ungemein– oder?

...aus Trumps „Riviera“: Auch wenn der „mörderische Terrorakt des 7. Oktober...das schlimmste war, was wir je erlebt haben...ist das keine Rechtfertigung für das, was wir im Gazastreifen aus Rachegefühl und nicht aus irgendwelchen strategischen Überlegungen getan haben. Es ist eine schreckliche Katastrophe, die wir in Gaza zu verantworten haben...vielleicht sogar eine Verschlimmerung der ersten palästinensischen Katastrophe der Nakba. Es ist eine zweite Nakba...Ich empfinde ein Gefühl von Scham und von Schuld“. (israel. Historiker T. Segev, FR v. 07.10.24 + 22.01.25)

...von der Union und eingerissenen Brandmauern: Der in Duisburg geborene Sozialarbeiter Burak Yilmaz über die Generation sog. „Gastarbeiter“, (FR 20.09.24): „In den 70er Jahren haben viele Arbeitsmigranten begonnen, sich linken Gewerkschaften anzuschließen. Es gab berühmte Streiks... Das war F.J. Strauß (CSU) ein Dorn im Auge. Er hat Kontakt zum Chefideologen der Grauen Wölfe aufgenommen und ihn nach Deutschland eingeladen. Dann hat der deutsche Staat den Aufbau der ersten Büros der Grauen Wölfe unterstützt, um die Arbeiterschaft zu spalten.“ Während die Jugendförderung gerade in benachteiligten Stadtvierteln zurückgefahren wurde, „machten die Grauen Wölfe sehr viele Angebote für Kinder und Jugendliche...Musik- und Grillabende, Sommercamps, kostenlose Sommerferien in der Türkei...und...Koranschulen – so hat die Organisation viele Menschen an sich gebunden“ – heutige Wahlergebnisse sprechen für sich. Die heutige Migrationsdebatte „ist auch deswegen unerträglich, weil sich fast alle Parteien zu Komplizen der AfD machen. Man kann doch diese Partei nicht bekämpfen, indem man selber zur AfD wird!“...und z.B. die Abschaffung des individuellen Asylrechts fordert und eine Missachtung international gültigen Menschenrechts in Kauf nimmt, wie es einige bekannte Unionsgrößen wie z.B. Herr Spahn tun.

...„Kultur“ im Tauchgang: Einen kleinen Vorgeschmack auf das, was unserem Land bei einer forcierten Hochrüstung im Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungsbau- und Kulturbereich noch blühen kann, lieferte der Intendant des finanziell angeschlagenen G.Hauptmann-Theaters Görlitz-Zittau am 04.09.24: „Warum muss das Theater G.Hauptmann heißen? Warum könnte es nicht Coca-Cola, Red-Bull-Theater oder von mir aus auch Rheinmetall-Theater heißen?“ (Ausdruck 12/2024)

Viele Grüße,  
Bernd

PS: Wer diesen Rundbrief künftig nicht mehr beziehen möchte, möge bitte eine kurze Mail an die im Briefkopf angegebene Mailadresse schicken.

Spendenkonto der DFG-VK Aachen, IBAN: DE26 43060967 4006161751